Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11388

01. 09. 98

Änderungsantrag

der Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer, Christa Nickels, Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
– Drucksache 13/11195 –

– Sammelübersicht 377 zu Petitionen –

Der Bundestag wolle beschließen,

die Petition 4-13-07-3000-051488 der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bonn, den 1. September 1998

Amke Dietert-Scheuer
Christa Nickels
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Petenten fordern die gesetzliche Nichtigkeitserklärung aller NS-Unrechtsgesetze und -urteile. Diese Forderung ist berechtigt und uneingeschränkt zu unterstützen.

Das vom Deutschen Bundestag verabschiedete NS-Unrechtsaufhebungsgesetz ist unzureichend.

Es stellt zwar einen wichtigen Schritt dar, das Thema ist damit für den Gesetzgeber aber noch nicht abgeschlossen. Bei der Rehabilitierung der Deserteure und Homosexuellen hat der Rechtsausschuß wichtige Fragen aus dem Gesetzestext ausgeklammert.

Bei Homosexuellen und Deserteuren verweist das Gesetz letztlich weiter auf eine Einzelfallprüfung. Ein Blick in den Gesetzestext verschafft diesen NS-Opfern keine Klarheit. Widersprüchliche Ausführungen im Ausschußbericht können da keine Abhilfe schaffen. Sie sind rechtlich unverbindlich.

Die Aufnahme des § 175 StGB in den Katalog der zur Aufhebung führenden Vorschriften wurde von der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Für die Homosexuellen ist das eine bittere Enttäuschung.

Aus „militärischen Gründen" erfolgte Verfolgungsmaßnahmen sollen nun zwar als Unrecht aufgehoben werden. Was damit gemeint ist, bleibt im Gesetzestext aber offen.

Der Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nicht nur die Urteile aufzuheben, sondern zusätzlich das Erbgesundheitsgesetz und andere nationalsozialistische Rechtsvorschriften als nichtig und Unrecht zu erklären, fand bei den Koalitionsfraktionen wie der Fraktion der SPD keine Unterstützung.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333